



Die Verbindung von Waffe und Würde kappen

Seit dem Blutbad im Kantonsratssaal vom 27. September 2001 tagen wir Zuger Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Polizeigebäude. Am 20. Dezember hat eine deutliche Mehrheit dem Wunsch von Kolleginnen und Kollegen, für die ein Wechsel in ein ziviles Gebäude zu früh kam, entsprochen und sich für ein vorläufiges Verbleiben entschieden. Ich war zwar für einen baldigen Wechsel ins Casino, hatte aber Verständnis für die Angstgefühle. Diese wurden vor allem von verletzten Mitgliedern geäußert, die die Trauerwoche im Spital verbracht hatten. Sie hatten damit die Sicherheit vermittelnde Erlebnis der Solidaritätswoche verpasst.

Faktisch bewirkt das Polizeigebäude keine Abschottung von den Bürgerinnen und Bürgern oder von den Medien. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher ist nicht tiefer, als sie im Kantonsratssaal gewesen ist. Die Arbeitsbedingungen der Medien sind nicht schlechter. Ob ein Parlament bürgernah ist, entscheidet sich weniger über die Zugänglichkeit seiner Sitzungen und mehr über seine eigene Zugänglichkeit zu den Problemen der Menschen.

Symbolisch aber sind die Treffen der Volksvertretung in einem Polizeigebäude fragwürdig. Hier ist die Polizei die Hausherrin und nicht die Politik. Der Tagungsort sendet die Botschaft aus, dass die Sicherheit in zivilen Gebäuden weiterhin prekär ist. Sie gibt der uniformierten und bewaffneten Institution eine Bedeutung, die ihr weder symbolisch noch faktisch zusteht. Aus diesen Gründen drängt sich auf, dass der Zuger Kantonsrat seine neue Legislatur im Januar 2003 an einem neuen Ort starten wird. Was aus dem Kantonsratssaal werden wird, ist noch offen. Ich bin unbedingt dafür, dass die Zuger Volksvertretung wieder in ihr historisches Gebäude zurückkehrt. Damit

soll auch zum Ausdruck kommen, dass ein Massenmörder unermessliches menschliches Leid verursachen, aber die Demokratie weder beeinträchtigen noch beschädigen kann.

Sicher soll der Saal so umgebaut werden, dass ein zweiter Ein- und vor allem Ausgang geschaffen wird. Fritz Leibacher hatte über uns auch deswegen eine absolute Macht, weil es keinen Fluchtweg gab. Skeptisch bin ich gegenüber einer sichtbaren polizeilichen Präsenz, weil jeder Anschein eines Polizeistaates zu vermeiden ist. Wäre am 27. September ein Polizist vor dem Eingang gestanden, hätte er den Überfall kaum überlebt und uns keinen Schutz gewähren können. Sinn macht es aber, wenn auch zukünftig zivile Beamte, die uns Ratsmitgliedern bekannt sind und die einen Attentäter ausser Gefecht setzen könnten, anwesend sind. Höchst skeptisch bin ich gegenüber Personenkontrollen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen einen ungehinderten Zugang zu ihrer Vertretung haben. Als ehemaliges Fichenopfer würde ich irgendwelche "Querulanten"-Listen energisch bekämpfen. Todesdrohungen sind ernster zu nehmen und strafrechtlich konsequent zu verfolgen.

Die sinnvollste Neuerung, die der Regierungsrat nach dem Attentat endlich beschlossen hat, ist die Einführung einer Ombudsstelle. Sie kann zur Lösung festgefahrener Konflikte wie auch zum Abbau von Frustrationen und Aggressionen beitragen. Allerdings dürfte der Zuger Täter, um den sich Regierungsräte und Chefbeamte bemüht hatten, eine Ombudsperson, die sich nicht ganz und gar auf seine Seite gestellt hätte, ähnlich betrachtet und behandelt haben wie uns Behördenmitglieder: als Teil einer "Mafia", die "auszulöschchen" ist.

Bei Leibacher lag das Hauptproblem darin, dass er über Waffen verfügte und diese dank Üben in Schützenhäusern derart gut beherrschte, dass er im Saal kaum zu überwaltigen war. Das geltende Waffengesetz hat versagt, es ist drastisch zu verschärfen. Der Umstand, dass der Zuger Täter ein privat erworbenes Sturmgewehr einsetzte wie auch die Tatsache, dass mit der Ordonnanzwaffe bislang wenige Verbrechen begangen wurden, machen die diesbezügliche Diskussion nicht gegenstandslos. Erstens macht die Individualisierung der Gesellschaft die soziale Kontrolle immer löchriger. Zweitens verliert wie viele andere Tabus auch das die persönliche Dienstwaffe betreffende an Verbindlichkeit. Und damit kann drittens die Verknüpfung von Würde und Waffe, die mit dieser Tradition gepflegt wird, viel leichter mörderische Konsequenzen haben. Fritz Leibacher hatte seinen Überfall mit einem Sturmgewehr, mit dem er auf uns "Ehrenlose" schoss, und mit einer Pistole, mit der er sich als "Ehrenmann" richtete, wie eine Inszenierung aufgeführt, die dazu diente, seine "Ehre" wiederherzustellen. Bei der ganzen Sicherheitsdebatte ist unbedingt zu berücksichtigen, dass die Gefährdungen fast ausschliesslich von Männern mit einem besonderen Verhältnis zu Waffen ausgehen.



Josef Lang, Dr. Phil., Historiker und Kantonsrat in Zug (Alternative Fraktion)

IMPRESSUM

Das Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erscheint 3 mal jährlich und wird durch die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen herausgegeben.

Sekretariat der Gesellschaft und Vertrieb: Martin Graf, Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern.

Redaktion: Ruth Lüthi, Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 031 322 98 04.

Produktion: pgm medien, Schützengasse 9, 2540 Grenchen, Tel 032 /653 87 57, Fax 032/653 87 67, parlament@pgm.ch

Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 31. Oktober 2002. Die von den Autorinnen und Autoren vertretenen Meinungen müssen sich mit denjenigen der Redaktion nicht decken.

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Mitteilungen können direkt an die Redaktion gesandt werden, vorzugsweise per E-Mail (ruth.luethi@pd.admin.ch).

Le bulletin d'information SSP paraît 3 fois l'an et est publié par la Société suisse pour les questions parlementaires.

Sekretariat de la société et distribution: Martin Graf, Sekretariat CIP, Services du Parlement, 3003 Berne.

Rédaction: Ruth Lüthi, Sekretariat CIP, Services du Parlement, 3003 Berne, Tel. 031 322 98 04.

Production: pgm medien, Schützengasse 9, 2540 Granges, Téléphone 032 /653 87 57, Télécopie 032 /653 87 67, parlament@pgm.ch

Délai rédactionnel du prochain numéro: 31 octobre 2002.

Les avis exprimés par les auteurs sont de leur seule responsabilité et ne doivent en aucun cas correspondre à ceux de la rédaction.

Les nouvelles peuvent être transmises directement à la rédaction, si possible par voie électronique (ruth.luethi@pd.admin.ch).

Il bollettino d'informazione SSP viene pubblicato 3 volte all'anno dalla Società svizzera per le questioni parlamentari (SSP).

Sekretariato della Società e distribuzione: Martin Graf, Sekretariato CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna.

Redazione: Ruth Lüthi, Sekretariato CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna, Tel. 031 322 98 04.

Produzione: pgm medien, Schützengasse 9, 2540 Grenchen, Telefono 032 /653 87 57, Fax 032 / 653 87 67, parlamento@pgm.ch

Termine redazionale della prossima edizione: 31 ottobre 2002.

Le opinioni espresse dagli autori non devono collimare con quelle della redazione. Gli autori sono responsabili delle loro opinioni.

Le informazioni possono essere trasmesse direttamente alla redazione, possibilmente per e-mail (ruth.luethi@pd.admin.ch).